

DIE WELTWOCHEN

Europa nach Merkel

Die Masseneinwanderung arabischer und nordafrikanischer Muslime gefährdet die Stabilität und die Identität Europas. Parallelgesellschaften bilden sich bereits. Politik und Medien verdrängen und tabuisieren. Als gebürtiger Syrer schwanke ich zwischen Fassungslosigkeit und Staunen.

Von Bassam Tibi

Das Jahr 2015 war dramatisch für Europa. Es war durch die Zuwanderung von zirka 1,5 Millionen Flüchtlingen aus Nahost und Afrika gekennzeichnet. Dies ist eine demografische Lawine, die von Schleuserbanden befördert worden ist. Die Mehrheit der Flüchtlinge sind Jugendliche und junge Männer. Obwohl dieses Ereignis von der deutschen Bundesregierung ausgelöst wurde, betrifft es ganz Europa. Aufgrund der Verlautbarungen der Kanzlerin, die ein «freundliches Gesicht» zeigen wollte, wurde laut Spiegel allein in Afghanistan eine Million Pässe ausgestellt, in Syrien und dem Irak blüht der Handel mit falschen Pässen. Es war global bekanntgeworden, dass in Westeuropa die Grenzen nicht mehr gelten. Ende August 2015 hat die Bundesrepublik offiziell ihre Grenzen für Flüchtlinge geöffnet. Es kamen Flüchtlinge ohne Ausweise oder mit gefälschten Papieren, sie wurden registriert und in die sozialstaatlichen Leistungen einbezogen. Das ging um die Welt und hat weitere Migrationsschübe verursacht. Offiziell wurden in Deutschland 1,1 Millionen Flüchtlinge registriert, die restlichen 400 000 verstreuen sich über ganz Westeuropa.

Leugnung der Gefahren

Das Jahr 2015 endete so dramatisch, wie es begonnen hatte. In Köln und Hamburg drangen je zirka tausend arabische Flüchtlinge in die Neujahrsfeierlichkeiten beider Städte ein. Zunächst haben sie in grösseren Gruppen Frauen umzingelt und diese dann in separaten kleineren Gruppen eingekesselt. Die eingekesselten Frauen wurden sexuell missbraucht und in einigen Fällen vergewaltigt und anschliessend beraubt. Die Polizei glänzte durch Abwesenheit. Die Hunderte von Anzeigen geschundener Frauen stellen dieses Verhalten in Frage. Hiervon ausgehend will ich drei Problembereiche erläutern: die illegale Migration, ethnische Armut und

Parallelgesellschaften. Diese Problembereiche werden in den europäischen Medien als Tabuzonen behandelt, zum Schutz der Flüchtlinge vor Vorurteilen.

Ich möchte vorausschicken, dass ich ein syrischer Migrant bin, der seit 1962 in Europa lebt. Bereits nach dem Zusammenbruch des Kommunismus gab es Migrationsschübe. Aber seit 2015 erleben wir eine Flüchtlingskrise, bei der es um das Schicksal Europas geht. Im Dezember hat das Uno-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) die Zahl der Flüchtenden mit sechzig Millionen beziffert. Diese werden durch Merkels Willkommenskultur angezogen. Wie frei kann man über dieses Thema sprechen? Warum wollen die meisten Flüchtlinge nach Europa kommen?

Vor der Aufnahme einer Debatte müssen zwei Fragen geklärt werden, um zu vermeiden, in eine akademische oder eine Links-rechts-Diskussion zu geraten. Die eine betrifft die Möglichkeit, objektive Erkenntnisse über den anstehenden - Diskussionsgegenstand zu erlangen. Die andere bezieht sich auf das Recht der Meinungsfreiheit in der Diskussion über die zivilisatorische Identität Europas. Die offene Debatte wird heute als «populistische Panikmacherei» verfemt. Europäische Postmodernisten behaupten, dass es weder eine Objektivität noch einen universellen Rationalismus gebe. Es wird unterstellt, dass jede Erkenntnis nicht mehr als eines unter zahlreichen Narrativen sei, und noch mehr: Es gebe keine europäische Identität mehr, sondern nur noch eine undefinierbare Bevölkerung, gekennzeichnet durch Vielfalt und zahllose Minderheiten. Ich bin als syrischer Muslim aus Damaskus nach Europa gekommen, wo ich die kulturelle Moderne kennengelernt habe. Ich hatte das Glück, in den sechziger Jahren bei grossen europäischen akademischen Lehrern zu studieren, als es den Unsinn der soeben zitierten Postmoderne noch nicht einmal gab. Die FAZ hat in einer Glosse zu einem von Marcel Proust entworfenen «Fragebogen», den ich 1995 ausfüllen durfte, über mich geschrieben, dass ich darüber staune, dass man die Europäer «nicht alleine über den Islam, sondern auch über die Grundlagen und Vorzüge ihrer eigenen westlich-säkularen Zivilisation aufklären» müsse. Die FAZ zitierte meine Zurückweisung der gesinnungsethischen Weltanschauung jener Europäer, die «eine Postmoderne auch gegenüber Diktatoren in Asien oder Afrika vertreten» – und dies unter dem Vorwand von Pluralismus und Werterelativismus propagieren. Auch heute, zwanzig Jahre später, trete ich gegen die Postmoderne an und stelle fest, dass es eine objektive Welt gibt, die Wissenschaftler erkennen können. Diese rationale Methode ist das Wichtigste, was ich als Syrer aus Damaskus in Europa gelernt habe. Ohne diese Methode wären die Erkenntnisse, die in diesem Artikel enthalten sind, undenkbar. Europäischer Nihilismus lässt die Menschen dermassen erblinden, dass postmoderne Europäer objektives Wissen

verleugnen und Gefahren wie die anstehende demografische Lawine aus der - islamischen Welt nicht mehr sehen.

Ich bin ein Mensch, der das Europa der Freiheit gerne gegen die «Feinde der offenen Gesellschaft» (Popper) verteidigt. Als Sozialwissenschaftler stelle ich anhand der unzweifelhaften Zahlen fest, dass 2015 zirka 1,5 Millionen Menschen illegal nach Europa gekommen sind. Ich wiederhole die Zahl des UNHCR von sechzig Millionen Flüchtlingen, von denen einige Millionen bereits vor Europas Toren stehen. Es ertönt der mediale Ruf, dass Europa die Hauptlast dieser Völkerwanderung übernehmen - solle. Doch Europa gefährdet seine Stabilität und Identität, wenn es duldet, dass diese Entwicklung unkontrolliert fortschreitet. Damit das nicht geschieht, müssen wir uns den Postmodernisten entgegenstellen, die Redefreiheit garantieren und eine verantwortungsethische Analyse der Lage vornehmen, die Europa als «Insel der Freiheit in einem Ozean der Gewaltherrschaft», wie Horkheimer es nennt, verpflichtet ist.

Ist Deutschland ein *failed state*?

In traditionellen Einwanderungsländern wie den USA, Kanada und Australien besteht der Staat auf der völligen Kontrolle der Einwanderung und unterwirft diesen Prozess strikten Regeln. Die illegale Migration in Europa ist genau das Gegenteil davon. Bei dieser unkontrollierten und naturwüchsigen Zuwanderung treten kriminelle Schleuserbanden an die Stelle des Rechtsstaates. Deutschland hat seit August 2015 die Kontrolle über seine Grenzen aufgegeben. Parallel zu diesem Chaos wird ein Propagandakrieg geführt, unter anderem mit gestellten Bildern von Kindern und Frauen, um jegliche Kritik als inhuman abzustempeln. Hierbei ist es empörend, zu sehen, wie Meinungsmacher die kriminellen Schleuser als Retter oder gar als Helden zelebrieren. Schleuser werden mit jenen verglichen, die während des Kalten Krieges Menschen aus Osteuropa vor dem Kommunismus in die Freiheit des Westens retteten. Nach Berichten von Sicherheitsexperten betragen die Einkünfte dieser Banden rund 56 Milliarden Euro pro Jahr. Diese Zahl übertrifft die Einnahmen aus Drogenhandel und Prostitution bei weitem. Es trifft zu, dass Europa demografische Defizite hat und Einwanderer benötigt. Hans-Werner Sinn vom Ifo-Institut hat in einem Interview mit dem Berliner *Tagesspiegel* jedoch darauf hingewiesen, dass ein Gros der Zuwanderer Analphabeten beziehungsweise nicht oder nur schlecht ausgebildet sind, weshalb sie langfristig vom Sozialstaat leben werden – oder wie Sinn es ausdrückte: «Der Sozialstaat wird lädiert.» Er beziffert die Sozialkosten dieser Million Migranten pro Jahr mit 21 Milliarden Euro. Europa ist reich und kann damit leben. Das eigentliche Problem ist, dass die heutige Migration nicht vom Rechtsstaat, sondern von kriminellen Banden kontrolliert wird. Es ist ein Fakt, dass nicht die Menschen nach Europa kommen, die als Arbeitskräfte benötigt werden.

Unter den Migranten befinden sich zudem Kriminelle und Terroristen, die die - Sicherheit Europas gefährden. An den Terroranschlägen in Paris vom November waren zwei Dschihadisten mit syrischen Pässen beteiligt, die in Griechenland registriert worden waren.

Wenn europäische Politiker wie die Bundeskanzlerin wiederholen, dass die von ihnen regierten Staaten die Grenzen nicht kontrollieren können, kann ich als Professor für Internationale Beziehungen nur staunen. Ich habe vierzig Jahre lang meinen Studenten auf vier Kontinenten beigebracht, dass ein Staat durch die Fähigkeit, seine Souveränität zu bewahren, definiert wird. Andernfalls gilt er als *failed state*. Es stellt sich die Frage, ob die Bundesrepublik unter Merkel ein *failed state* geworden ist. Die Zahl der illegalen Migranten von 1,5 Millionen wird zudem durch die Familienzusammenführung vervielfacht. Das ist eine gesellschaftliche Realität. In Deutschland täuschen die Medien ihre Rezipienten mit der Behauptung, die Flüchtlinge aus Syrien seien mehrheitlich Ärzte, Ingenieure beziehungsweise hochgebildete Akademiker. Ich habe vielmehr ungebildete Bauern und Jugendliche mit Gewaltneigung gesehen. Kurz: Die illegale Migration in ihrer nackten Realität erschüttert die Statik des Gemeinwesens aller europäischen Demokratien.

Mein zweites Thema ist die ethnische Armut. Auch ich finde den Kampf gegen die Armut ehrenvoll – aber eine verantwortungsethische Politik darf mit utopischen Vorstellungen wie der «Abschaffung der Armut» nicht verwechselt werden. Es gibt unterschiedliche gesellschaftliche Stufen der Armut. In Europa gelten Sozialhilfeempfänger als arm. Doch die hiesige Sozialhilfe ist oft höher als ein Mittelklasseeinkommen in den Herkunftsländern der Migranten. Der damalige Präsident Bill Clinton hatte während seiner Amtszeit eine Sozialhilfe reform durchgeführt mit der Begründung, Sozialhilfe sei eine Hilfe in Not und kein Dauerzustand. Ein Grossteil der Armutsflüchtlinge in Europa bleiben dauerhaft Sozialhilfeempfänger. Sie bilden eine soziale Unterklasse, die durch ihre Herkunft definiert wird. Diese ethnische Bestimmung ist sozialer Sprengstoff. Das klassische Beispiel hierfür sind die Banlieues von Paris, die fast ausschliesslich von muslimischen Nord- und Westafrikanern bewohnt werden. Der britische Soziologe Anthony Giddens hat für diesen Zustand den Begriff «ethnische Armut» geprägt, um die soziale Realität bestimmter Minderheiten begrifflich zu erfassen. Aus langjähriger Forschung weiss ich, dass die muslimischen Armen die Schuld für ihre Misere in der Spannung zwischen Muslimen und «Ungläubigen» suchen, mit dem Resultat, dass sie nicht integrierbar sind – aber anfällig für Kriminalität und Extremismus.

Islamische Enklaven

Ethnische Armut findet ihre reale soziale Entsprechung in europäischen Grossstädten in «Parallelgesellschaften», ein Begriff, den ich in meiner Forschung über Migration in die deutsche Sprache eingeführt habe. Der amerikanische

Islamwissenschaftler John Kelsay hat solche Gesellschaften, die in Europa existieren, aber nicht dazugehören, als Enklaven bezeichnet. Empirisch hat der Franzose Gilles Kepel diese «banlieues de l'Islam» am Pariser Beispiel untersucht. Es gibt sie indes nicht nur in Paris, sondern auch in Brüssel, London, Berlin, Köln.

Alle drei Gefahren – die unkontrollierte illegale Migration, die ethnische Armut und die Gettobildung – materialisieren sich in solchen Parallelgesellschaften. Historisch liessen sich die Banlieues von Paris und vergleichbare Parallelgesellschaften in Grossbritannien als Folge der Kolonialzeit einstufen. Gesellschaftspolitisch werden sie wahrscheinlich niemals behoben werden können. Wenn nun in unserer Zeit, wie seit 2015, eine unkontrollierte und illegale, millionenstarke Zuwanderung nach Europa stattfindet, dann werden vergleichbare Parallelgesellschaften überall entstehen, auch in europäischen Ländern ohne Kolonialvergangenheit, wie zum Beispiel in Schweden. Ich wage die Prognose, dass eine ungehemmte Ausbreitung der Parallelgesellschaften in Europa den Zerstörungsprozess des Gemeinwesens einleitet. Osteuropäische Länder, die dieses Schicksal nicht hinnehmen wollen, werden in westlichen Medien mangelnder Solidarität bezichtigt. Es ist beängstigend, wie Deutschland in diesem Kontext einen moralischen Imperialismus praktiziert, der sogar mit wirtschaftlichen Sanktionen verbunden wird. Ich bin als Fremder in Europa geschützt vor dem Vorwurf der Fremdenfeindlichkeit. Ich lebe und lehre seit 1973 in der Universitätsstadt Göttingen. Seit 2015 ist Göttingen nicht mehr die Stadt, die ich von früher kannte. Nicht mehr die flanierenden Studenten prägen das Gesicht der Stadt, sondern Armutsflüchtlinge, bärtige Islamisten mit ihren uniformierten Kopftuchfrauen sowie Jugendgruppen aus arabischen Ländern inklusive Eritreas. Ich frage mich, ob Europa diese Zerrüttung seines Gemeinwesens als Perspektive hinnehmen muss. Um mich vor dem Vorwurf zu schützen, Vorurteile gegen Kopftuchfrauen zu haben, zitiere ich aus dem Buch meiner türkisch-islamischen Kollegin Nilüfer Göle über Schleier: «Die zeitgenössische Verschleierung der Frauen dient der Unterstreichung, dass die Grenzen zwischen der islamischen und der westlichen Zivilisation unüberwindbar sind.» Das muslimische Kopftuch ist das Emblem der Parallelgesellschaft.

Europa und die 60 Millionen Flüchtlinge

Wird Europa nach Merkels Parole «Wir schaffen das» weiter so handeln? Wie wird es mit sechzig Millionen fertig werden? Kann Europa sein demokratisches Gemeinwesen aufrechterhalten? Es fällt auf, dass die politischen Instanzen und die Medien die globale Flüchtlingskrise schicksalhaft hinnehmen und postulieren, dass Europa kraft seines Wohlstandes die Hauptlast der globalen Flüchtlingskrise tragen solle. Die USA haben noch nicht einmal 10 000 Syrer aufgenommen, die reichen arabischen Golfstaaten haben gar keine aufgenommen. Warum Europa? Die USA

halten Europa moralische Vorträge, dabei könnte man böse sagen, dass Europa die USA auf Schadenersatz verklagen könnte – schliesslich sind die von den USA ausgelösten Nahostkriege eine der Hauptursachen der Flüchtlingskrise.

Als Nichteuropäer, der von seinem jüdisch-europäischen Lehrer Max Horkheimer gelernt hat, sehe ich seit 2015 ein anderes Europa auf mich zukommen. Ich werde wütend, wenn Gesinnungsethiker solche Sorgen mit dem Vorwurf der Rechtsradikalität abtun. Als Syrer leide ich mit meinem Volk und danke Europa für die Aufnahme der Kriegsflüchtlinge. Aber weder sehe ich einen Fortschritt noch einen Humanismus darin, wenn Jugendbanden von Damaskus und Aleppo als No-Future-Generation nach Europa kommen.

Erheblicher als die Sicherheitsprobleme und die Kriminalität sind indes die Folgen der entstehenden Parallelgesellschaften. Sie und ihre ethnische Armut sind nicht nur eine Überlastung – Muslime der Parallelgesellschaften pflegen auch ein anderes Narrativ für die Zukunft und Identität Europas. Mich erinnern die Debatten deutscher Politiker über Obergrenzen der Zuwanderung an die Geschichte von Byzanz. Während dort im Jahr 1453 christliche Mönche über religiöse Formeln diskutierten, belagerte ein islamisch-osmanisches Heer die Stadt und nahm diese schliesslich ein. Die islamischen Krieger haben Byzanz in Istanbul verwandelt. Heute diskutieren europäische Politiker über Obergrenzen für Flüchtlinge und deren Verteilung. Sie übersehen dabei die Zahl von rund sechzig Millionen Flüchtlingen, die vor den Toren Europas warten. Das ist Aufklärung und nicht Panikmache. Muslime nennen solche wertlosen Debatten im Rückblick auf den Fall Konstantinopels «byzantinisches Geschwätz».

Der Ursprung der Formel «Islamisierung Europas» geht nicht auf die fremdenfeindliche Propaganda der deutschen Pegida-Bewegung zurück. Der Begriff bringt die islamische Utopie zum Ausdruck, dass die Menschheit unter dem Banner des Islam zu vereinigen sei. Der von Saudi-Arabien dominierte arabische Weltkongress beschloss im Juli 1993 in Kairo, die in Europa lebenden Muslime im Rahmen einer neuen Strategie der «Da'wa» («Ruf zum Islam») zur Verbreitung des Islam zu mobilisieren. Das ist das Narrativ der islamischen Parallelgesellschaften, die bisher türkisch waren und heute um syrische, afghanische und irakische Migranten erweitert werden.

Bereits 1998 ging ich diesem Thema in meinem Buch «Europa ohne Identität?» nach. Heute, knapp zwei Jahrzehnte nach dessen Erscheinen, sehe ich mich bestätigt. Ein Europa der Flüchtlingslager und Parallelgesellschaften kann keine Identität mehr haben. Es ist jedoch noch nicht zu spät, den Trend zu stoppen – wenn die Europäer dies wirklich wollen.

